

**Ist das Abgeordnetenhaus eine Obrigkeit? \*)**

(Schluß.)

Das Haus der Abgeordneten hat in der letzten Session nicht bloß seine eigenen Befugnisse zu überschreiten, sondern auch die Rechte des Herrenhauses und die des Königs geradezu zu bestreiten gesucht. Dieselbe Verfassungs-Urkunde, auf welche sich die Abgeordneten für ihr Recht berufen, stellt auch das Recht des Herrenhauses fest. Dasselbe Recht zur Mitbestimmung der Gesetze, welches das Abgeordnetenhaus hat, hat das Herrenhaus, und doch hat man hören müssen, wie dasselbe von Abgeordneten angegriffen wird, so bald dasselbe den Beschlüssen der Abgeordneten entgegen tritt; ja die Abgeordneten haben es sich voriges Jahr herausgenommen, einen Beschluß des Herrenhauses für null und nichtig zu erklären.

Heißt es aber nicht geradezu den Samen des Aufruhrs säen, wenn die Abgeordneten den Ministern Sr. Majestät leichtfertiger Weise Verfassungsbruch vorwerfen, d. h. da sie die Verfassung zu halten beschworen haben, sie für Meineidige erklären, und zwar auf Grund einseitiger, künstlicher Auslegung der Verfassungs-Urkunde? Ist es nicht völliger Mangel an Patriotismus, wenn man mit dem Unwillen fremder Herrscher die eigene Regierung einzuschüchtern sucht? Haben wir es nicht erlebt, daß einzelne Abgeordnete ihren Platz verlassen haben, um im Dienste der Revolution zu kämpfen? Und was fehlt noch zur Drohung mit Aufruhr, wenn man ziemlich verständlich andeutet, daß nur durch Unterwerfung unter den Willen der Majorität des Abgeordnetenhauses die Ruhe des Landes erhalten werden könne?

Wenn, wie es in Beziehung auf das Budget geschehen ist, über die Auslegung, oder vielmehr Ausgleichung widersprechender Bestimmungen in der Verfassungsurkunde Streit entsteht, so hat das Abgeordnetenhaus in keiner Weise das Recht, seine Auffassung oder Auslegung als die aufzustellen, welcher König und Herrenhaus sich beugen müssen, sondern es muß eine Vereinbarung in verfassungsmäßiger Weise gesucht werden, und bis eine solche stattgefunden, ist der König der, welcher die Pflicht und deshalb gewiß auch das Recht hat, vorläufig dafür Sorge zu tragen, daß das Land über den Streit nicht zu Schaden komme. Wir wollen es an dem vorliegenden Falle uns deutlich machen.

Nach Art. 99 wird der Staatshaushalts-Etat jährlich durch ein Gesetz festgestellt; nach Art. 62 ist die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern zu jedem Gesetze erforderlich. Die Gesetze, bei welchem diese Uebereinstimmung nicht erzielt wird, kommen nicht zu Stande. Nun findet sich in der ganzen Verfassung nichts, was geschehen soll, wenn das jährliche Staatshaushalts-Gesetz nicht zu Stande kommt. Es ist also die größte Annahmung, wenn die Abgeordneten behaupten: es sei wider die Verfassung, daß ohne Budget regiert wird, denn es steht in der Verfassung mit deutlichen Worten gar nicht da, was bei mangelndem Budget-Gesetz geschehen soll. Man muß also, wenn man redlich zu Werke gehen will, nach Andeutungen suchen. Da steht Art. 109: Die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben, und wenn man fragt, was kann denn diese Bestimmung zu bedeuten haben, so findet man eigentlich keinen anderen Grund, als den: die Steuern sollen dazu forterhoben werden, um das Weiterregieren möglich zu machen, für den Fall, daß einmal ein Staatshaushaltsgesetz nicht zu Stande käme, denn das hätte doch keinen rechten Sinn, wenn die Steuern forterhoben, aber die nothwendigen Ausgaben davon nicht geleistet werden sollten.

Auch noch in anderer Beziehung hat die Verfassung dafür gesorgt, daß das königliche Regiment die Macht behalte, in Nothfällen für sich allein auszuhelfen und anzuordnen, was zum Heile des Landes erforderlich ist. Artikel 63 sagt nämlich: »In dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Beseitigung eines ungewöhnlichen Nothstandes es dringend erfordert, können, insofern die Kammern nicht versammelt sind, Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen

werden.« Somit ist dem Könige recht eigentlich die Pflicht und das Recht zugewiesen, jeder Zeit und nöthigenfalls auch allein dafür zu sorgen, daß die Bedürfnisse des Landes und Volkes Befriedigung finden.

Dagegen ist nirgends in der ganzen Verfassung eine Silbe davon gesagt, daß die Abgeordneten das Regiment zu führen, irgend etwas anzuordnen, zu besorgen oder auch zu verantworten haben. Es ist eben ganz klar: **nach der Verfassung ist das Abgeordnetenhaus keine Obrigkeit und hat daher auch in keiner Beziehung Gehorsam für sich in Anspruch zu nehmen.** Vielmehr sind die Abgeordneten Unterthanen Sr. Majestät des Königs, wie wir Anderen, — denen nur ein Recht der Zustimmung oder Ablehnung bei neuen Gesetzen und bei neuen Steuern übertragen ist.

Danach kann es nicht zweifelhaft sein, daß die jetzigen Abgeordneten in ihrer großen Mehrheit wider die deutliche Bestimmung der Verfassung, welche auch sie beschworen haben, gehandelt und, so viel an ihnen lag, das verfassungsmäßige königliche Regiment zu lähmen und zu schwächen gesucht haben, weshalb der König sich zuletzt genöthigt sah, solcher Ungebühr durch Schließung des Landtages Halt zu gebieten.

Gott wolle unserem Könige und seinen Rätthen weiter Muth und Kraft geben, um uns mit fester Hand zu friedlichen Zuständen zurückzuführen und mit den Rechten der Krone das davon unzertrennliche Wohl des Volkes zu wahren.

**Ein Rückblick auf die Reise des Kronprinzen.**

Wenn man jetzt auf die Reise des kronprinzlichen Paares durch die Provinzen Preußen, Posen und Pommern zurückschaut, so tritt es recht klar hervor, wie viel Lug und Trug in dem Reden und Treiben der Fortschrittspartei ist. Dieselbe hatte sich vorgenommen, dem Prinzen auf seiner Reise den Eindruck zu geben, als sei das Volk über die angebliche Lage des Landes zu betrübt, um sich öffentlichen Freudenbezeugungen zu überlassen. In Danzig, wohin die Reise zuerst ging, wurde die Komödie gut gespielt: nicht bloß Magistrat und Stadtverordnete lehnten jede festliche Aufnahme des hohen Paares ab, sondern unter der Leitung geschickter Intriguanen war Alles so abgetarnt und vorbereitet, daß auch die Bevölkerung sich jeder lauten Kundgebung ihrer Theilnahme an dem fürstlichen Besuche enthielt. Weiterhin aber wollte das Manöver nicht ebenso gut gelingen: vielmehr trat die merkwürdige Erscheinung ein, daß zwar die städtischen Behörden dem traurigen Beispiele von Danzig folgten, daß dagegen das Volk selbst seiner herzlichen Freude und Verehrung für das kronprinzliche Paar überall freien Lauf ließ und daß die Reise desselben durch die drei Provinzen einem wirklichen Triumphzuge glich. Der Jubel und die Begeisterung hatte nun grade um so mehr Werth, als keine Anordnung der Behörde dabei mit im Spiele, sondern Alles so recht der unmittelbare und reine Ausdruck der wirklichen Volksstimmung war.

Wie steht es nun danach mit den Behauptungen von einer allgemeinen Landesträuer, — von einer Betrübnis über die Lage des Landes?

Man sollte meinen: wenn in den Herzen des Volkes wirklich Trauer wäre, so müßte sich das gerade im Verhalten des Volkes selbst zeigen. Man könnte sich wohl denken, daß in solchem Falle die Behörden, z. B. die Magistrate, aus Pflichtgefühl das Volk aufforderten, Festlichkeiten zu veranstalten, — daß aber die Bevölkerung wegen der allgemeinen Trauer der Gemüther diesem Rufe nicht folgte. Nun aber steht es umgekehrt. Die Magistrate sagen: »wir veranstalten keinen festlichen Empfang, denn unsere Bevölkerung ist zu traurig;« — die Bevölkerung aber strast ihre Vertreter überall Lügen und zeigt durch ihren Jubel und durch ihre freiwilligen Veranstaltungen, daß Jene den Sinn des Volkes entweder nicht kennen oder absichtlich entstellen.

So ist denn die Komödie, welche von der Fortschrittspartei aufgeführt werden sollte und womit man in Danzig einen gelungenen

\*) Nach der Schrift des Pastors Feldner (in Elberfeld): »Die staatsrechtliche Stellung des preussischen Abgeordnetenhauses.«

Anfang gemacht hatte, an dem guten Sinne des Volkes selbst gescheitert, und unser Kronprinzliches Paar wird die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Liebe zum Königshause sich in dem Kern des Volkes durch das Parteitreiben, trotz aller Wühlereien, nicht dämpfen läßt, und daß alle Reden von der tiefen Verstimmung und Trauer des Volkes über die angebliche Lage des Landes eitel Unwahrheit sind.

### W o c h e n s a u.

Ueber das Befinden unseres Königs in Karlsbad wird von dort fortdauernd nur höchst Erfreuliches berichtet. Die Brunnenkur wirkt sehr wohlthuend, und in heiterster Stimmung erfreut sich der König an der lieblichen Natur des Ortes, wie an den Beweisen der Liebe und Theilnahme, welche ihm von allen Seiten in reichem Maße zu Theil werden. Auch die österreichischen Blätter wissen viel von dem wohlthuenden Eindruck der königlichen Erscheinung, von der großen Freundlichkeit, Güte und Leutseligkeit des hohen Herrn zu erzählen.

Der Präsident des Staatsministeriums, Herr v. Bismarck, bleibt noch in Karlsbad bis zum 18. Juli. Zu dieser Zeit nämlich gedenkt sich der König nach Gastein zu begeben, während Herr von Bismarck ebenfalls eine Badereise antritt.

Ihre Majestät die Königin Augusta hat bis zum 4. Juli auf Schloß Windsor bei der Königin Victoria und dann noch zwei Tage in London verweilt, um hier dem englischen Thronfolger und seiner Gemahlin einen letzten Besuch zu machen. Am 6. Juli hat die hohe Frau die Rückreise angetreten, auf derselben noch auf englischem Boden die Wittve des einstigen Königs der Franzosen, Ludwig Philipp, besucht und ist am 7. Juli in erwünschtem Wohlfsein bei Rotterdam gelandet.

Seine königliche Hoheit der Kronprinz hat seine Reise durch Pommern fortgesetzt, welcher Provinz er noch dadurch besonders nahe steht, daß er, wie die früheren preussischen Thronfolger, »Statthalter von Pommern« ist. Auch hier wurde der Kronprinz auf dem platten Lande und in den Städten überall auf das Festlichste und Herzlichste begrüßt. Eine besonders schöne Festlichkeit wurde dem hohen Gaste in Stettin durch die Stände des Kreises Randow bereitet, an welcher auch die Vertreter der Städte des Kreises und die Ortsschulzen theilnahmen.

Am 1. Juli traf auch die Frau Kronprinzessin mit den Kindern von Berlin aus in Stettin ein und wurde von ihrem Gemahl am Bahnhofe begrüßt. Noch an demselben Tage bestieg die Kronprinzliche Familie ein königliches Dampfschiff und landete Abends 9 Uhr an der Insel Rügen. Empfangen von dem fürstlich Putbuschen Ehepaar und den Spitzen der Behörden, begaben sich die Herrschaften unter dem lauten Jubel der Bevölkerung nach dem ihnen gastfreundlich eingeräumten Schlosse des Fürsten Putbus, wo ihnen am späten Abend die Einwohnerschaft einen prächtigen Fackelzug darbrachte.

Von Putbus aus hat sich unser Kronprinz zur Vollendung seiner militairischen Inspectionsreise nach dem pommerschen Festlande zurückbegeben und zwar zunächst nach Stralsund, wo es sowohl bei der Landung im Hafen als in der Stadt selbst an einem festlichen und herzlichsten Empfange und lauten Freudenbezeugungen der ganzen Bevölkerung nicht fehlte. Dort, wie in ganz Vorpommern, ließen es sich auch die städtischen Behörden nicht nehmen, den Thronfolger mit einem fröhlichen Willkommen zu begrüßen. Derselbe ist sodann wieder zu den Seinigen nach Putbus zurückgekehrt, um hier das Seebad zu gebrauchen.

Fast eine ganze Woche hindurch haben in einem Theile Berlins allabendlich grobe Pöbelunruhen stattgefunden. Den Anlaß dazu gab ein Bierwirth, welcher wegen kontraktwidrigen Verhaltens in seiner Wohnung gerichtlich verurtheilt war, dieselbe zu räumen, sich aber nun an dem Hauseigentümer dadurch zu rächen suchte, daß er gegen denselben das Publikum durch auffällige Bekanntmachungen aufhetzte. Am Montage, wo die Räumung der Wohnung vor sich gehen sollte, sammelten sich denn am Abend bedeutende Menschenmassen vor dem Hause, und die Ausschreitungen begannen damit, daß man dem Hausbesitzer mit Steinen die Fenster einwarf. Zwar nahm die Polizei zahlreiche Verhaftungen vor und stellte um Mitter-

nacht die Ruhe wieder her; aber der Unfug wiederholte sich an den folgenden Abenden vor dem genannten Hause und in allen angrenzenden Straßen, und zwar in immer größerem Maße. Auch an mehreren anderen Häusern wurden grobe Beschädigungen vorgenommen, viele Straßenlaternen zertrümmert und umgebrochen, so daß der brennende Gasstrom dann armdick aus den Röhren hoch emporstieß und die größte Feuergefährdung herbeiführte. Durch Aufreißen der Rinnsteinbretter versuchte man den Verkehr zu hemmen, ja aus eingerissenen Bauzäunen und allerlei gestohlenem Baumaterial förmliche Barricaden zu errichten. Die Polizeibeamten wurden nicht nur überall mit Hohnschrei und gellendem Pfeifen empfangen, sondern auch thätlich mit einem Hagel von Steinen angegriffen und auf andere Weise gemißhandelt, so daß mehrere von ihnen zum Theil schwer verletzt wurden. — Dem Allen gegenüber benahm sich die Polizei zunächst mit der größten Ruhe und suchte Anfangs die Tumultuanten gütlich zum Auseinandergehen zu bewegen, mußte denn doch aber endlich wiederholt auf das ernstlichste und mit blänkter Waffe einschreiten. Es haben daher nicht nur sehr zahlreiche Verhaftungen stattgefunden (weit über 300), sondern es sind auch viele und zum Theil schwere Verwundungen vorgekommen. Da die Unruhen bis zum Sonnabend immer zunahmen, so traf die Polizei für diesen Tag alle Vorbereitungen, um dem Unwesen durch kräftiges Einschreiten ein Ende zu machen. Durch wohl überlegte Maßregeln gelang es in der That, sich der Räubersführer in Masse zu bemächtigen und die Ruhe wiederherzustellen. Am Sonntage haben sich die Unordnungen nicht wiederholt, und die widerwärtige Angelegenheit kann somit als völlig beendet betrachtet werden.

Die große Mehrzahl der eigentlichen Tumultuanten bestand aus jungen Burschen von 15–20 Jahren, zumal Handwerkslehrlingen, sodann aus Herumtreibern und Lagedieben aller Art. Die Unordnungen haben denn auch mit der Politik durchaus nichts zu schaffen gehabt, sondern sind einfach ein Ausbruch der Rohheit und Zuchtlosigkeit des in einer Stadt wie Berlin so zahlreichen Gesindels, so wie leider auch der im Handwerker- und Arbeiterstande aufwachsenden Jugend. Freilich aber kann man sich nicht wundern, daß solcher Widerstand gegen die Wächter der Ordnung und des Gesetzes so um sich greifen kann, wenn es eine große Partei im Lande giebt, die seit Jahren Alles gethan hat, um das Ansehen der königlichen Behörden herabzuziehen. Es giebt ja so viele hoch gebildete Leute, welche es sich fast zur Ehre und zum Verdienst anrechnen, der geordneten Obrigkeit in allen Dingen entgegenzutreten; wie sollte es da möglich sein, den ungebildeten rohen Pöbel in den Schranken der Zucht und Ordnung zu halten.

Es ist übrigens mit Recht aufgefallen, daß bei diesem Unfug, durch welchen die Ruhe und das Eigenthum der Bürger bedroht war, nicht einer der vielgerühmten »Männer des Volkes«, welche sonst bei jeder Gelegenheit ihre Stimme vernehmen lassen, ein Wort der Mahnung an das Volk gerichtet hat. Hier wäre es an der Zeit und am Orte gewesen, daß sie ihren Einfluß auf das Volk bewährt hätten.

Die Sache wird jedenfalls das Gute haben, daß viele Bürger, welche seit Jahren nach dem Beispiel der Fortschrittsleute nicht genug gegen die Polizei eifern konnten, sich wieder einmal von der Nothwendigkeit einer kräftigen Polizei in der großen Stadt überzeugt haben werden.

Aus Polen nichts Neues von Wichtigkeit. Die vorgekommenen Gefechte sind sämmtlich zu Gunsten der russischen Truppen ausgefallen, und die kleinen Banden der Aufständischen schmelzen immer sichtlich zusammen. Selbst demokratische Blätter bezeichnen jetzt den Aufstand im Königreiche als im Erlöschen begriffen.

Was die Verhältnisse an der preussischen Grenze betrifft, so wird von einem Zusammenstoß preussischer Truppen mit einer Insurgentenschaar auf diesseitigem Gebiete gemeldet: Es reichten 40 Mann hin, um die Bande durch einen Bajonett-Angriff ohne Mühe in die Flucht zu schlagen. Zuzüge aus Preußen kommen immer noch vor! doch werden die Zuzügler gewöhnlich sogleich hinter der Grenze von den Russen in Empfang genommen und sofort zurückbefördert.

Man erwartet jetzt mit Spannung die Antwort des Kaisers Alexander auf die von England, Frankreich und Oesterreich am 27. Juni überreichten Vorstellungen. Wie auch die Antwort ausfallen möge, — einen Krieg will weder Oesterreich noch England, und auch französische Zeitungen, welche die Ansicht der Regierung ausdrücken, mahnen für jetzt zum Frieden. Es geht sogar jetzt das Gerücht, daß Frankreich sich mit Rußland direkt und unabhängig von England und Oesterreich zu verständigen suche.